



Offene Linke Liste MLU (OLLi)

Wahlprogramm 2022

Solidarität, Barrierefreiheit, Antifaschismus

Inhalt

1. Für eine ausfinanzierte MLU - gegen alle Kürzungen.....	2
Wir fordern:.....	3
2. Für ein solidarisches Studium während und nach Corona.....	4
Wir fordern:.....	5
3. Barrieren an der Uni abschaffen	6
Wir fordern:.....	7
4. Für echte Hochschuldemokratie	8
Wir fordern:.....	9
5. Diversity über Statements hinaus	10
Wir fordern:.....	11
6. Für eine antifaschistische Hochschule	12
Wir fordern:.....	12
7. Science for Future - Für nachhaltige und kritische Wissenschaft	13
Wir fordern:.....	13
8. Solidarität bleibt das Gebot der Stunde - Für ein Studium ohne Zwang und Leistungsdruck	15
Wir fordern:.....	16

1. Für eine ausfinanzierte MLU - gegen alle Kürzungen

Im vergangenen Jahr tobte an der Universität eine seit 2014 nicht mehr dagewesene Kürzungsdebatte. Anfang 2021 schockte der Rektor die Universitätsöffentlichkeit mit der Botschaft, dass im Haushalt der Universität ein Loch von ca. 10 Mio. € existiere. Die Zahl änderte sich zwischenzeitlich auf 5 Mio. €, dann plötzlich auf 17 Mio. €, dann sogar auf 21 Mio. € und nun geht man von einem Betrag zwischen 10 und 17 Mio. € aus. Woher das Defizit kommt? Weiß niemand. Bis heute verweigert sich das Rektorat einer transparenten Aufarbeitung. Alle Bundesländer unterzeichneten in Juni 2019 den "Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken", in dem sie zusagten, die Universitäten mit der gleichen Summe wie der Bund Co-finanzieren zu wollen. Hier gab es von Anfang an keine Bewegung, da das Land Sachsen-Anhalt seinen Pflichten aus dem Zukunftsvertrag nicht nachkommt und noch immer an einer veralteten Hochschulstrukturplanung von 2014 festhält. In dieser soll die Universität drastisch verkleinert werden, z.B. sollen die Sport- und Agrarwissenschaften komplett geschlossen werden.

Schlimmer noch: ein dreiviertel Jahr lang schwieg der zuständige Wissenschaftsminister zu den Vorgängen an der größten Universität des Landes. Doch er musste auch gar nichts sagen, der Rektor hatte schon entschieden, dass er die Universität verkleinern will, und begann, dies in die Tat umzusetzen. Anstatt sich ans Land zu wenden und für eine Ausfinanzierung der Universität zu kämpfen, erarbeitete das Rektorat kurz vor der Landtagswahl ein Papier, welches massive Schließungen, insbesondere in kleinen Fächern, vorsah. Massiver Protest des Aktionsbündnis MLU unterfinanziert, an dem auch wir uns beteiligten, folgte. Zunächst konnte das Papier abgewendet werden. Wir befinden uns im Frühjahr 2021.

Zeitsprung zum Frühjahr 2022. Wir sind am 06.04.2022 auf dem Universitätsplatz, der Senat soll erstmals wieder in Präsenz tagen, doch Studierende haben den Senatssaal besetzt. Warum? Was war passiert? Über die letzten Monate hatte das Rektorat ein neues Papier erarbeitet. Diesmal soll in allen Fakultäten gekürzt werden, insgesamt 26 Professuren, 350 Personalstellen und 4000 Studienplätze stehen auf der Abschussliste. Kriterien nach denen gestrichen wird? Roter Faden? Fehlanzeige. Ein Nothaushalt zwingt die Universität in die Knie; Einstellungsstopps, keine Berufungen, begrenzte Kapazität für Sachmittel, Lehre am absoluten Limit. Der

Rektor stellt das Kürzungspapier als einzige Lösung dar, spricht von einem "Profilierungsprozess". Eine tatsächliche Lösung für das aktuelle finanzielle Problem bietet das Papier jedoch nicht. Er sagt, dass das Papier unter Einbezug der Hochschulöffentlichkeit erstellt wurde; Studierende, Personal und Dekane (es gibt tatsächlich nur cis-männliche) widersprechen. Kommunikation mit dem Land habe stattgefunden, beteuert der Rektor, doch davon sehen wir nichts. Der Minister pocht auf die Hochschulautonomie, die Hochschule müsse sich zuerst bewegen. Mehr Geld vom Land? Absage. Landespolitiker:innen meinen, es habe keine Kommunikation stattgefunden. Am Ende steht ein Ergebnis von 13 Ja Stimmen zu 10 Nein Stimmen für das Papier, welches nun mit der Sense durch die Universität mäht. Mehrere Fachbereiche wissen nicht, wie die Lehre in Zukunft weitergehen soll. Die blinde Starrheit von Land und Rektor haben sich vorerst durchgesetzt, doch wir kämpfen weiter für eine ausfinanzierte Universität!

Wir sagen darum: Es braucht ein Umdenken im Senat und Rektorat. Massive und überhastete Kürzungen können nicht die Lösung sein, jeder Studiengang, der jetzt eingestellt wird, ist ein Fehler. Der neue Senat muss das Kürzungspapier zurücknehmen und den Prozess endlich wirklich in die Hochschulöffentlichkeit holen. Personalrat und StuRa müssen sich an einem neuen, alternativen Papier beteiligen, welches am Ende eine bessere, effizientere Universität hinterlässt, keine gekürzte und kaputte. Es braucht massiven Protest dem Land gegenüber. Es kann nicht sein, dass das Land seinen Pflichten aus dem Zukunftsvertrag nicht nachkommt und den Hochschulen so mehrere Millionen Euro fehlen! So wird Sachsen-Anhalt entscheidend geschwächt. Der Rektor hat bewiesen, dass er dem Ernst der Lage nicht gewachsen ist. Entweder muss er die Konsequenz ziehen und zurückzutreten oder von neuen Senat nicht wiedergewählt werden! Kürzungen? Nicht mit uns!

Wir fordern:

- die Rücknahme aller Kürzungen
- eine konstruktive Zusammenarbeit von Universität und Land, um die Universität besser und nicht kleiner zu machen
- ein Rektorat, das die Interessen der Studierenden vertritt
- Eine Ausfinanzierung ALLER Hochschulen in Sachsen-Anhalt
- Eine Beteiligung von Studierenden und Personal im Prozess und allen Entscheidungen auch über den Senat hinaus

2. Für ein solidarisches Studium während und nach Corona

Seit zwei Jahren ist der Studienbetrieb geprägt von den Auswirkungen der Coronapandemie. Nach mittlerweile vier Online-Semestern, mit einer kurzen Präsenzphase zwischendurch, sind viele Studierende online-müde und wünschen sich eine Rückkehr in die Präsenzlehre. Dieser Wunsch ging mit dem Sommersemester 2022, welches in Präsenz stattfindet, in Erfüllung. So sehr wir uns darüber freuen, geben wir aber auch zu bedenken, dass die Lehre in Präsenz auch größere Hürden für Menschen bedeuten kann. Insbesondere Studierende mit chronischen Erkrankungen, psychischen Erkrankungen, Kindern und viele andere mehr können nun in Teilen nur noch eingeschränkt an Lehrveranstaltungen teilnehmen, da sie Risikogruppen angehören oder von Problemen betroffen sind, die auch vor Corona bereits bestanden (siehe hierfür den Teil für Barrierefreiheit). So sehr wir den Wiedereinstieg in die Präsenzlehre also begrüßen, bestehen wir darauf, dass alle Studierenden auch tatsächlich studieren können. Wir haben uns deshalb bereits in der laufenden Wahlperiode für hybride Lehre, wo es geht, stark gemacht und werden das weiter tun. Besonders vor dem Hintergrund, dass nach wie vor Studierende sich infizieren werden und in Quarantäne gehen müssen. Damit das für Studierende keinen Nachteil bedeutet, braucht es hybride Formate und verpflichtende Vorlesungsaufzeichnungen! Dass Studierende wegen Nichtteilnahme durch Quarantäne aus Seminaren fliegen, ist inakzeptabel und darf nicht vorkommen!

Die Pandemie ist nicht vorbei, die Inzidenzen noch immer hoch. Wir fordern, dass es eine stetige Beobachtung der pandemischen Lage seitens der Universität gibt und einen festen Plan, wie mit steigenden Zahlen zu verfahren ist. Es darf nicht wieder passieren, dass ein Semester Hals über Kopf mit chaotischer Kommunikation zu einem Online-Semester wird, wo schon vor Wochen damit gerechnet werden konnte (siehe Wintersemester 2021/22). Auch was zukünftige Prüfungsphasen angeht, muss hier eine klare Kommunikation stattfinden. Dass Studierende teilweise eine Woche vor ihrer Prüfung erst erfahren, dass es eine Online-Prüfungsphase ist, und Prüfungen deshalb teilweise verschoben werden müssen oder ganz ausfallen, darf nicht wieder passieren! Wir fordern deshalb Transparenz vom Rektorat und mehr Möglichkeiten für Mitwirkung der studentischen Gremien an sämtlichen Entscheidungsfindungen, die Semesterverlauf und Prüfungsphase beeinflussen.

Wir fordern:

- hybride Lehrangebote, wo es möglich ist. Insbesondere Vorlesungen sollen verpflichtend in hybridem Format angeboten werden.
- die Räume der Universität müssen weiter für hybride Lehre ausgestattet werden. Die Möglichkeit, außerdem Hybridsets in den Bibliotheken ausleihen zu können, muss unter den Lehrenden klar kommuniziert und beworben werden.
- hybride Lehre funktioniert nur, wenn Studierende die technische Möglichkeit dazu haben. Deshalb fordern wir die Einrichtung bzw. den Ausbau einer zentralen Ausleihstelle in der für das Studium relevante Technik ausgeliehen werden kann.
- bei Krankheit oder in Quarantäne kann nicht sichergestellt werden, dass Studierende zur Vorlesung erscheinen. Auch andere Gründe wie z.B. Kinder die aus der Kita abgeholt werden müssen, können dazu führen. Deshalb fordern wir verpflichtende Vorlesungsaufzeichnungen für ein inklusiveres Studium.

3. Barrieren an der Uni abschaffen

Wir fordern, dass die Uni Halle nicht nur sichtbare Behinderungen berücksichtigt, sondern auch weniger sichtbare (als Beispiel chronische Erkrankungen, Neurodivergenz, Gehörlosigkeit, Lernbehinderungen und weitere). Auch der Umgang mit psychischen Erkrankungen lässt sehr zu wünschen übrig. Diese sollten zum Einem als Rücktrittsgrund von Prüfungen anerkannt werden und zum Zweiten gibt es kein annähernd ausreichendes Angebot von Hilfs-Angeboten. Die, die es gibt sind nicht einfach zu erreichen und die Kapazität ist unzureichend. Die psychologische Gesundheit der Studierenden sollte an 1.Stelle stehen, da diese die Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Studieren und Leben ist.

Es darf nicht sein, dass sich die Uni groß Inklusion auf die Fahne schreibt, aber bis auf Rollstuhlgerechte Wege nicht wirklich was hinbekommt (und selbst das nur so halb).

Ein weiteres Beispiel für Barrieren, die die Uni künstlich erzeugt, ist der Umgang mit trans* Studierenden. Diese dürfen, im Gegensatz zu vielen anderen Universitäten, ihren Namen erst nach Beginn der amtlichen Namens- und Personenstandsänderung anpassen und werden so immer wieder bewusst ausgeschlossen und diskriminiert.

Die Lehrbeauftragten müssen Fortbildungen zu diversen Behinderungen und Umgang mit diesen belegen. Es gibt bisher immer noch sehr viele, die keine Skripte rausgeben wollen („geistiges Eigentum“), was aber bei vielen Behinderungen ein Muss ist. Auch bei Studierenden, die mit psychischen Erkrankungen leben, kriegen immer wieder zahlreiche Steine in den Weg gelegt.

Es muss einen Zugang zu Skripten in einfacher Sprache geben, davon profitieren nicht nur Studierende mit Beeinträchtigungen, sondern auch zusätzlich noch Studierende, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Zudem gibt es die ganzen Informationsmaterialien und Webseiten ebenfalls nur in schwerer Sprache. Wir fordern eine Stelle für eine dolmetschende Person.

Behinderte Studierende sind finanziell meist benachteiligt, da sie ihre Hilfsmittel meist selber zahlen müssen. Bei fehlenden finanziellen Mitteln ist es oft überhaupt nicht möglich, sich erst welche zu besorgen. Daher müssen sich Lehrende umso mehr

offen für Lösungen zeigen. Um mehr Inklusion möglich zu machen braucht es mehr Lehrstellen und kleinere Gruppe. Für kleinere Gruppen spricht auch die aktuelle Pandemie, welche behinderte und chronisch kranke Studierende einschränkt.

Jede Fakultät sollte einen unabhängigen und gut ausgebildeten Menschen für Chancengleichheit und Vielfalt erhalten, um das oben genannte Minimum an Hilfs-Möglichkeiten zu erweitern. Eine halbe Stelle für 21.000 Studierende ist in keiner Weise ausreichend, gerade wenn Termine dann auch immer wieder ausfallen müssen. Gleichzeitig fordern wir, dass die Stabsstelle Vielfalt und Chancengleichheit des Rektorates neu besetzt wird, mit Menschen, die tatsächlich das Wohl von Studierenden im Sinn haben.

Wo für einige die Online-Lehre eine helfende Lösung war, ist sie für andere eine Barriere (fehlende Untertitel, Konzentrationsprobleme zuhause). Sollte es wieder zu Online-Lehre kommen, muss ein Weg für Hybrid-Lehre gefunden werden.

Die Universität muss mehr Mittel zu der Abschaffung der vorhandenen Barrieren zur Verfügung stehen und dabei auch die nicht sichtbaren Einschränkungen der Studierenden beachten. Gerade in der aktuellen Lage, ist ein guter und gewissenhafter Umgang mit der psychischen Verfassung besonders wichtig. Es ist nachweislich bestätigt, dass die Anzahl an psychischen Erkrankungen wie Depressionen und Angststörungen aber auch an psychischen Symptomen wie Stress, Schlafstörungen, usw. während der Corona-Pandemie zugenommen haben. Besonders junge Erwachsene und Jugendliche sind in der jetzigen Zeit besonders gefährdet und müssen geschützt werden.

Wir fordern:

- ein größeres Angebot von Hybrid Veranstaltungen und das Hochladen aller Skripte
- besser zugängliche Hilfs-Angeboten für Studierende, besonders für psychologische Beschwerde
- eine unbürokratische Namensänderung in allen Systemen der Universität
- psychologische Beschwerden als Rücktrittsgrund von Prüfungen
- finanzielle Hilfe für Betroffene
- Ausbau der technischen und baulichen Gegebenheiten

4. Für echte Hochschuldemokratie

Im Zuge der Kürzungsdebatte zeigt sich erneut, was wir schon lange kritisieren: Die Uni ist ein furchtbar undemokratischer Ort. Während die Studierenden die größte Statusgruppe an der Universität sind, dürfen sie im Senat höchstens das demokratische Feigenblatt für die professorale Diktatur geben. Echte Beteiligung sucht man vergeblich, obwohl es mit der Viertelparität schon lange ein Modell gibt, das genau diese sichern würde. Dabei würde nicht der größte Teil der Sitze an die Professor:innen fallen, sondern jeweils ein Viertel der Sitze an jede der vier Mitgliedergruppen – Professor:innen, wissenschaftliche sowie sonstige Mitarbeitende und Studierende. Statt dieses Demokratiedefizit endlich zu beheben, hat das Land Sachsen-Anhalt dieses Problem mit dem neuen Landeshochschulgesetz nur verschärft. Ab der kommenden Wahl werden nicht mehr 12, sondern 14 Professor:innen den 10 übrigen Mitgliedern des Senats gegenüber sitzen.

Wir sagen: Der Zustand ist untragbar. Wir werden uns auch weiterhin für die Viertelparität einsetzen.

Noch schlimmer sieht es beim Rektorat aus, wo Studierende schon froh sein können, wenn ihnen tatsächlich zugehört wird, denn das ist leider alles andere als selbstverständlich. Für gewöhnlich bleibt dort nämlich relativ wenig von studentischen Anliegen hängen, auch wenn der Rektor gerne äußerst großzügig Audienzen gewährt. Bei seinem Prorektor für Studium und Lehre, immerhin für Studierende zuständig, ist es schon schwieriger ein Anliegen zu unterbreiten, kommt er doch regelmäßig seinen Aufgaben nicht nach.

Wir wollen aber nicht nur angehört werden, sondern mit am Tisch sitzen, besser noch mit abstimmen, wenn die wirklich wichtigen Entscheidungen an der Universität vorbereitet werden und das passiert eben nicht nur in den Senatskommissionen (in denen zudem auch eine absolute Mehrheit der Professor:innen herrscht), sondern vielfach auch im Rektorat.

Deshalb fordern wir eine gewählte, stimmberechtigte studentische Vertretung im Rektorat, etwa durch eine Aufteilung des Prorektorats für Studium und Lehre in ein Prorektorat für Lehre und ein studentisch besetztes Prorektorat für Studium.

Aber auch grundsätzlich gilt es ein Bild der Hochschule zu bekämpfen, das Studierende nur als zu verwaltende Masse begreift. Studierende sind keine reinen Konsument:innen, sondern gestalten die Lehre an der Universität aktiv mit – andernfalls wären auch Veranstaltungsformate wie Seminare und Tutorien undenkbar – und wirken auch an der Forschung mit, etwa als wissenschaftliche Hilfskräfte. Dabei erfahren sie nicht nur den üblichen Mangel an studentischer Teilhabe, sondern ihre niedrige Stellung in der dünnkelhaften akademischen Hierarchie drückt sich auch in teils kreativen Auslegungen des Arbeitsrechts zu ihrem Nachteil von Seiten der Universität aus.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass möglichst alle HiWis ihre Rechte kennen und diese auch durchgesetzt werden.

Wir fordern:

- Viertelparität in Senat, Fakultätsräten und Senatskommissionen.
- ein studentisches Prorektorat.
- faire Behandlung von HiWis.

5. Diversity über Statements hinaus

Die Universität ist kein diskriminierungsfreier Raum. Im Gegenteil zeigen sich auch hier gesamtgesellschaftliche Probleme wie Rassismus, Anti-Semitismus, Sexismus, Trans*feindlichkeit, Ableismus oder Klassismus unter dem Brennglas. Dabei hat der Senat vor einem Jahr das sogenannte Diversity-Statement veröffentlicht, indem es sich für die Gleichstellung von Betroffenen ebenjener Diskriminierungsformen ausspricht. Doch viel mehr als Sprechen passiert auch nicht.

Es gibt zwar Gleichstellungsbeauftragte, doch diese fokussieren sich nach eigener Aussage größtenteils auf die Gleichstellung von "Geschlecht und Geschlechterverhältnisse[n]". Gibt es nur diese Dimension von Diskriminierung? Und schon da allein lässt die Situation an der Uni immer noch zu wünschen übrig. Beispielsweise wird trans* Menschen verwehrt, eigenständig und unbürokratisch ihre Namen zu ändern. Stattdessen wird in Unisystemen der Deadname geführt, was zur täglichen Diskriminierung führt. Für Beschäftigte ist die unbürokratische Namensänderung theoretisch erlaubt, doch sträubt sich die Uni seit Monaten, diese auch technisch umzusetzen. All-Gender-Toiletten sind zwar vom Senat abgenickt, aber die Beschilderung gibt es trotzdem nicht. Die Dozierenden haben meistens keine Ahnung von systematischer Diskriminierung an der Uni und auch nicht von eigenem diskriminierendem Verhalten. Manche schwenken von Unwissenheit gleich in die andere Richtung und nehmen es sich zum Beispiel heraus, Hausarbeiten in geschlechtergerechter Sprache schlechter zu bewerten.

Auch im Jahr 2022 müssen sich immer noch zu viele Studierende mit gezielter Diskriminierung von Mitstudierenden und Lehrenden einschlagen. Berichte von ableistischen, sexistischen, queerfeindlichen oder rassistischen Äußerungen sind an dieser Uni leider keine Einzelfälle, sondern sind für viele Betroffene Alltag. Da sich das dringend ändern muss, begrüßen wir die Schaffung und Verstetigung der Präventionsstelle Antidiskriminierung, aber wie das kann eine Person allein schaffen? Es wird immer wieder diskriminierende Vorfälle geben, dafür braucht es nicht nur eine Präventionsstelle, sondern auch eine Meldestelle. Diese muss unabhängig vom Rektorat sein und dafür sorgen, dass Betroffenen bei jeder Diskriminierung, unabhängig ihrer Form, geholfen wird und für Täter:innen Konsequenzen folgen. Es passiert leider immer noch zu oft, dass Professor:innen

oder Dozierende ihre hierarchische Stellung ausnutzen und Studierende belästigen, ohne dass dies Folgen hat.

Wir fordern:

- es muss trans* Studierenden möglich sein unter ihrem selbstgewählten Namen Veranstaltungen zu besuchen und Stud.IP und Löwenportal zu nutzen, ohne dass erst ein begonnenes Verfahren zur Namensänderung nötig ist. Ein solches Verfahren ist nicht nur erniedrigend, sondern kostet auch viel Geld, was Studierende häufig nicht stemmen können.
- es braucht Zugang zur Grundversorgung für alle - dazu gehören auch All-Gender-Toiletten in allen Uni-Gebäuden.
- es braucht eine unabhängige Melde- und Beratungsstelle für Betroffene von Diskriminierung, diskriminierendes Verhalten muss Konsequenzen haben

6. Für eine antifaschistische Hochschule

Dozierende, die mit den sogenannten "Querdenker:innen" sympathisieren, ständige Nazi-Demos auf dem Marktplatz, die immer stärkere Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit durch die AfD oder auch andere rassistische und antifeministische Initiativen erfordern eine politisch aktive und antifaschistische Zivilgesellschaft, Universität und vor allem Studierendenschaft. Der StuRa und die Fachschaftsräte müssen sich stets mit den Betroffenen rechter Hetze und Gewalt solidarisieren und antifaschistische Initiativen als natürliche Bündnispartner:innen betrachten. Dabei dürfen wir nicht auf die Diskussionen rund um die Beschränkung auf das angeblich rein "hochschulpolitische Mandat" der studentischen Gremien hereinfallen, sondern müssen deutlich machen: Die Verteidigung emanzipatorischer und menschenfreundlicher Ideale ist für uns ein Grundwert, der auch mit den Mitteln der Studierendenschaft gelebt werden muss. Die Universität kann und darf nicht als eine eigene, abgetrennte Insel Politik machen, ohne auf die städtische und überregionale Politik zu achten.

Wir fordern:

- die Studierendenschaft muss sich gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit und reaktionärer Propaganda einsetzen und dasselbe von der MLU verlangen. Es braucht für alle Themen einen antifaschistischen Grundkonsens!
- die Gremien der Studierendenschaft müssen sich an der Mobilisierung gegen rechte und menschenfeindliche Aufmärsche beteiligen.
- der StuRa sollte auch selbst die Auseinandersetzung mit Anti-Faschismus voranbringen, zum Beispiel durch einen zweckgebundenen Haushaltstopp, aus dem nur anti-faschistische Projekte gefördert werden.
- wir setzen uns für die Umbenennung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ein. Martin Luther ist kein geeigneter Namenspatron für unsere Hochschule, da er Antisemit, Sexist und Klassenfeind war.

7. Science for Future - Für nachhaltige und kritische Wissenschaft

Während wir versuchen eine irgendwie progressive Hochschulpolitik zu machen, steht die Welt in Flammen – auch ganz real aufgrund des voranschreitenden Klimawandels. Eine ökologische Bildung und Praxis ist wichtig für die Universität und die Studierendenschaft. Wir brauchen nachhaltige Strukturen vor Ort und eine Thematisierung der stattfindenden Klimakatastrophe in der Lehre. Dafür gibt es auch viele Initiativen, die aber oft an inner-universitäre oder staatliche Grenzen stoßen. Deshalb braucht es auf jeder Ebene ein Umdenken! Wenn wir aus einer gesellschaftlichen Situation herauskommen wollen, wo jeder kleine Fortschritt gleich mit einem großen Rückschritt zusammenzufallen scheint, dann müssen sich auch die Mitglieder der Hochschulen organisieren und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Deshalb gilt: Solidarität mit allen progressiven Kämpfen! Die Wissenschaft ist kritisch gegenüber dem herrschenden Status Quo – oder sie ist nichts.

Dass gerade während eines globalen Massensterbe-Ereignisses die Uni Studiengänge wie Agrarwissenschaften kürzt, zeigt die aktuelle Stellung von nachhaltigen Themen.

Die Universität, aber auch das Studentenwerk müssen sich der Lebensrealität der immer umweltbewussteren Studierenden stellen und beispielsweise in den Mensen mehr vegane und vegetarische Gerichte anbieten und Informationen zur Klimafreundlichkeit der Gerichte bereitstellen.

Wir fordern:

- wir fordern eine Diversifizierung der Lehre. Die einseitige Ausrichtung in einigen Fächern muss aufgebrochen werden.
- Studiengänge, die sich mit der Klimakatastrophe und ihren Folgen beschäftigen, müssen gestärkt werden, statt in die Versenkung zu verschwinden.
- der StuRa muss sich mit kritischen Fächerinitiativen solidarisieren und bei ihrem Aufbau unterstützend mitwirken.
- der StuRa muss die Kritischen Einführungswochen unterstützen und sich für ihre Fortführung einsetzen.

- die Studierendenschaft und die Uni Halle müssen die Forderungen von „Fridays for Future“ und „Students for Future“ wahrnehmen und sich für diese einsetzen. Das „Green Office“ der Universität muss seine Arbeit aufnehmen und ihren ökologischen Umbau vorantreiben. Nachhaltigkeit muss ein leitendes Prinzip von Studierenden, Mitarbeiter:innen und Professor:innen werden.
- die Klimakatastrophe muss Einzug in die Lehre der MLU halten. Der StuRa ist dazu aufgefordert dafür die entsprechende Öffentlichkeit zu schaffen und muss Formate wie die „Public Climate School“ unterstützen.
- wir fordern mindestens ein veganes (und damit vegetarisches) Gericht jeden Tag in jeder Mensa. Damit alle Studierenden auf allen Campi ein warmes, kostengünstiges Mittagessen bekommen können ohne extra nach Hause fahren zu müssen.
- wir distanzieren uns von rechtsoffenen, verschwörungstheoretischen oder (rechts-)esoterischen Gruppen und Strukturen, die keinen Platz in einer progressiven Klimabewegung haben.

8. Solidarität bleibt das Gebot der Stunde - Für ein Studium ohne Zwang und Leistungsdruck

Im Zeichen der Coronapandemie riefen das Land Sachsen-Anhalt und die Hochschulen in den letzten Semestern sogenannte Solidarsemester aus. Konkret bedeutete dies Folgendes: Das Land setzte die Regelstudienzeit für das jeweils laufende Semester aus, damit es Studierenden während der Pandemie erspart blieb, für das Bafög Leistungsnachweise einreichen zu müssen. Gleichzeitig verabschiedete die MLU die sogenannte "Corona-Satzung". Die Maximalanzahl von Prüfungsversuchen (im Normalfall 3) wurde ausgesetzt. Alle diese Regelungen haben wir begrüßt und tun es noch immer, jedoch wurde ein Solidarsemester bereits für das Wintersemester 2021/22 nur auf Druck der Studierenden erreicht. Für das Sommersemester 2022 sieht es bereits schwierig aus.

Das ist für uns unverständlich, denn die getroffenen Regelungen sind sinnvoll und auch außerhalb einer Pandemie zeitgemäß. Die Regelstudienzeit ist in unseren Augen nichts weiter als ein Druckinstrument des Landes, um junge Menschen so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Dabei wird außer Acht gelassen, dass die Universität ein Ort der Bildung ist, kein reiner Ausbildungsort. Auch die Errechnung der Regelstudienzeit ist kritisch, geht sie doch von einem reinen Vollzeitstudium aus. Studierende, die für ihren Lebensunterhalt in einem Nebenjob arbeiten müssen, an chronischen Krankheiten leiden oder Kinder haben, können beispielsweise nur selten einen Studienabschluss in Regelstudienzeit erreichen. Mit Pech reicht schon eine nicht bestandene Prüfung aus, und ein Studium in Regelstudienzeit ist dahin. Die Regelstudienzeit ist deshalb alles andere als ein verlässlicher Parameter für ein erfolgreiches Studium und es ist hochkritisch, dass das BAföG als Grundsicherung für Studierende an diese geknüpft ist. Hier braucht es eine neue, realistische Regelung. Die Aussetzung der Regelstudienzeit war ein erster guter Schritt. Wir fordern deshalb, dass aus der Aussetzung nun eine Abschaffung wird.

Auch am BAföG selbst gibt es einiges zu arbeiten. Allein schon der Fakt, dass die Zahl der BAföG-beziehenden Studierenden in den letzten 30 Jahren trotz steigender Studierendenzahlen um 23% gesunken ist, zeigt, wie unattraktiv dieses Mittel für

Studierende derzeit ist. Die Abhängigkeit des BAföG von den Eltern schreckt nicht nur viele Studierende ab, sondern verhindert oftmals eine Förderung, wo eigentlich eine nötig wäre. Auch den, durch den Bezug auf die Regelstudienzeit gegebene, Leistungsbezug im BAföG lehnen wir ausdrücklich ab! Das BAföG soll eine Grundsicherung sein, keine leistungsgebundene Elitenförderung. Dafür muss es allen Studierenden zugänglich sein und darf nicht, wegen einer unreal berechneten Regelstudienzeit, während des Studiums wegfallen. Deshalb fordern wir ein eltern- und leistungsunabhängiges BAföG.

Solidarität muss auch über Corona hinaus das Gebot der Stunde bleiben!

Wir fordern:

- eine Abschaffung der Regelstudienzeit, damit Studierenden ein Studium nach ihren individuellen Bedürfnissen ermöglicht wird.
- ein eltern- und leistungsunabhängiges BAföG, damit es eine echte Grundsicherung darstellt.
- eine Abschaffung von Maximalversuchen für Prüfungen, damit ein nicht bestandener Drittversuch nicht zur bundesweiten Exmatrikulation führen kann.
- eine Abschaffung von NCs. Die im intransparenten und unzeitgemäßen Schulnotensystem gewertete Leistung sagt nichts über die tatsächliche Fähigkeit zu studieren aus.
- das Hochschulgesetz schließt eine Anwesenheitspflicht zu Lehrveranstaltungen aus. Die Universität darf keine Anwesenheitspflicht durch die Hintertür praktizieren, wie z.B. durch "Anwesenheit" als Studienleistung.